VERLANGEN

auf Durchführung besonderer Akte der Gebarungsprüfung gemäß § 73a Wiener Stadtverfassung

betreffend: Millionengrab „Skylink“

BEGRÜNDUNG

Aus alarmierenden Zeitungsmeldungen geht hervor, dass beim Projekt „Terminal Skylink“ der Flughafen Wien AG eine regelrechte Explosion der Kosten von veranschlagten 400 Mio Euro auf derzeit geschätzte 830 bis 890 Mio Euro zu befürchten ist. Da die Stadt Wien neben dem Land Niederösterreich als Hauptaktionärin an der Flughafen Wien AG beteiligt ist, sind auch finanzielle Schäden für die Stadt Wien nicht auszuschließen. Im Gegensatz zu Landeshauptmann Pröll hat Bürgermeister Häupl bis dato den Standpunkt vertreten, er wolle sich in das Projekt nicht einmischen. Landeshauptmann Pröll hat das vom Land Niederösterreich entsandte Vorstandsmitglied abberufen, ein neues Vorstandsmitglied soll offensichtlich für Schadensbegrenzung sorgen. Diese Vorgangsweise könnte im Hinblick auf die kollegiale Verantwortung des Vorstandes implizieren, dass nur ein Vorstandsmitglied die Verantwortung für das Finanzdesaster zu tragen hat und nur einer der beiden Hauptaktionäre seine Verantwortung als Eigentümer wahrgenommen hat.

Zudem hat der Rechnungshof bereits erkennen lassen, dass aus seiner Sicht das Debakel Skylink unbedingt aufzuklären ist. Aus unserer Sicht besteht kein Zweifel, dass sich die Zuständigkeit des Rechnungshofes als Prüforgan aus Artikel 126b Abs 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes ergibt: „Der Rechnungshof überprüft weiter die Gebarung von Unternehmungen, an denen der Bund allein oder gemeinsam mit anderen der Zuständigkeit des Rechnungshofes unterliegenden Rechtsträgern mit mindestens 50 vH des Stamm-, Grund- oder Eigenkapitals beteiligt ist oder die der Bund allein oder gemeinsam mit anderen solchen Rechtsträgern betreibt. **Einer solchen finanziellen Beteiligung ist die Beherrschung von Unternehmungen durch andere finanzielle oder sonstige wirtschaftliche oder organisatorische Massnahmen gleichzuhalten...**“ Dies gilt sinngemäß auch für den Wirkungsbereich der Stadt Wien (Artikel 127 Abs 3 und Abs 8 B-VG)

Durch die im Syndikatsvertrag zwischen dem Bundesland Niederösterreich und Stadt Wien festgehaltene Syndizierung der Aktienanteile, Vorschlagsrecht für je 1 Vorstandsmitglied und entsprechende Vertretung im Aufsichtsrat ist die Beherrschung des Unternehmens unzweifelhaft gegeben.

Die unterzeichnenden GemeinderätInnen stellen daher gemäß § 73a WStV folgendes

VERLANGEN

Das Rechnungshof möge die Gebarung der Stadt Wien betreffend der Beteiligung der Stadt Wien an der Flughafen AG hinsichtlich Ordnungsmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit prüfen.

Insbesondere soll folgenden Fragen nachgegangen werden:

1. Welche Erkenntnisse haben Vorstand und Aufsichtsrat der Flughafen Wien AG aus dem Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes Flughafen Wien AG (Reihe WIEN 2001/2) zur Abwicklung von Großinvestitionsprojekten gezogen und welche Empfehlungen des Rechnungshofes wurden umgesetzt? Erkennt der Rechnungshof Parallelen zwischen den in genanntem Bericht aufgeführten Projekten (darunter Pier West, Außenanlage Spedition, Vorfeld-Nordost, Vorfeld Pier West u.a.), für welche der Rechnungshof einen möglichen Vermögensnachteil von rd. 103 Mio.S ermittelte, und der Abwicklung des Projektes „Skylink“?
2. Erkennt der Rechnungshof einen Zusammenhang zwischen dem Wertverlust der Flughafen-Aktie (Stand 02.05.2008: 80,51€, Stand 01.07.2009: 28,08€) und der desaströsen finanziellen Entwicklung rund um den Bau des „Skylink“? Welche Konsequenzen würden sich aus Sicht des Rechnungshofes ergeben, sollte sich ein solcher Zusammenhang als gegeben herausstellen?
3. Welche finanziellen Belastungen können sich für das Budget der Stadt Wien aus diesem Finanzdesaster zum Zeitpunkt der Prüfung ergeben und welche Kosten können sich noch ergeben? Besteht die Gefahr einer Nachschussverpflichtung seitens der Hauptaktionäre?
4. Bei Vorlage des Rechnungshofberichtes über die Flughafen Wien AG an den Wiener Gemeinderat am 14. Dezember 2001 sagte der damalige Rechnungshofpräsident Franz Fiedler: „Wenngleich mir selbstverständlich nicht unbekannt ist, dass der Anteil der Gemeinde Wien an der Flughafen Wien AG ein Minderheitsanteil in der Höhe von 20 Prozent ist, so ist doch die Gemeinde Wien dort mit Aufsichtsräten vertreten. Es ist daher ein Appell an Sie alle, sowohl an die Mitglieder der Stadtregierung als auch des Gemeinderats, alles in Ihrer Möglichkeit Liegende zu unternehmen, dass der Aufsichtsrat dort die Interessen der Stadt Wien ordnungsgemäß vertritt: die Interessen der Stadt Wien, die letztlich immer die Interessen der Steuerzahler zu sein haben.“
Lässt sich aus Sicht des Rechnungshofes im Zusammenhang mit der Abwicklung des Projektes „Skylink“ erkennen, ob die Wiener Stadtregierung und der Wiener Gemeinderat tatsächlich alles in Ihrer Möglicheite Liegende unternommen haben, um die desaströse finanzielle Entwicklung zu verhindern und etwaige Belastungen der SteuerzahlerInnen hintanzuhalten?

Der Rechnungshof möge die Gebarung der Stadt Wien hinsichtlich der oben genannten Punkte auf die ziffernmäßige Richtigkeit, die Übereinstimmung mit den bestehenden Vorschriften, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit prüfen.

GRÜNE – GemeinderätInnen	6.
1.	7.
2.	8.
3.	9.
4.	10.
5.	11.
6.	12.
7.	SPÖ – GemeinderätInnen
8.	1.
9.	2.
10.	3.
11.	4.
12.	5.
13.	6.
ÖVP – GemeinderätInnen	7.
1.	8.
2.	9.
3.	10.
4.	11.
5.	12.